

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion DS 5/3844

Lärmschutz für Bürger ernst nehmen – Flugrouten müssen optimiert werden

Der Landtag nimmt die Proteste, die nach der Vorstellung der Planung zu den Flugrouten durch die Deutsche Flugsicherung am 4. Juli 2011 weiterhin anhalten, äußerst ernst. Die von der Deutschen Flugsicherung jüngst durch Luftraumplanungen nochmals aufgeworfene Frage der Dimensionierung von Radarführungsstrecken und Flughöhen bei Anflügen in Richtung Flughafen Berlin Brandenburg haben darüber hinaus für zusätzliche Verunsicherung gesorgt. Der Landtag ist grundsätzlich gegen Anflugrouten, die wegen niedriger Höhe Anwohner zusätzlich belasten würden.

Wenn auch die Festlegungen der entsprechenden Flugrouten und Verfahren ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung nach Vorarbeiten der DFS liegen und dem Land keine formalen Mitwirkungsrechte eröffnet sind, sieht der Landtag sich und auch die Landesregierung in der Pflicht, Einfluss zu nehmen, um die Lärmbelastigung der betroffenen Bürger so gering wie möglich zu halten.

Dazu ist durch die Landesregierung:

- alles zu tun, dass auch die nach dem 4. Juli 2011 vorgebrachten Vorschläge und Ausweichvarianten zu den Flugroutenplanungen der DFS in die weitere Erörterung Eingang finden. Vor dem Erlass der Rechtsverordnung zu den Flugrouten durch das Bundesaufsichtsamt müssen alle Lärmschutzaspekte der Betroffenen berücksichtigt sein und das unabhängig davon, ob der Einwand von einem Mitglied der Fluglärmkommission oder einer darüber hinaus betroffenen Gemeinde kommt.
- konsequent die weitere Optimierung der Flugrouten gegenüber der Deutschen Flugsicherung anzumahnen. Es müssen alle positiven Effekte die zu Entlastungen von Fluglärm führen ernsthaft geprüft werden.

Datum des Eingangs: 30.08.2011 / Ausgegeben: 30.08.2011

- auch zukünftig Einfluss darauf zu nehmen, dass die Flugrouten, die Lotsenarbeit und das Bahnmanagement der Flughafengesellschaft gut aufeinander abgestimmt werden, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Ziel muss es sein, dass so oft wie möglich nur eine Start- und Landebahn benutzt wird, um Anwohner zusätzlich zu entlasten.
- die Bundesregierung aufzufordern, so viel Fluglotsen bei der DFS zu beschäftigen, dass lärmschutzoptimierte Flugbewegungen möglich sind.

Begründung

Über ein dreiviertel Jahr wurden in der Fluglärmkommission die Vorschläge von Bürgerinitiativen, Gemeinden und Landkreisen diskutiert und abgewogen. Einwände und Alternativvorschläge von Gemeinden, die nicht in der Fluglärmkommission mit Sitz und Stimme vertreten sind, wurden über die Kommissionsmitglieder der betroffenen Landkreise eingebracht. Die einheitlichen Kriterien für einen Sitz in der Fluglärmkommission sind offen und transparent gegenüber den Antrag stellenden Gemeinden dargestellt worden. Neben der Flughöhe und der Entfernung zum Flughafen ist den besonderen Lärmbelastungen bei Abflügen der Vorrang eingeräumt worden.

Am 4. Juli 2011 hat die Deutsche Flugsicherung ihr Paket zu den Planungen der zukünftigen Flugrouten vorgestellt. Nach den Vorstellungen des Bundesaufsichtsamtes sollen die Flugrouten am BER im Januar nächsten Jahres festgelegt werden. Bis dahin sind alle Möglichkeiten für die weitere Optimierung der Flugrouten zu nutzen. Die Lärmentlastungsvorschläge, die zur Beruhigung ganzer Region beitragen würden, sind durch die Deutsche Flugsicherung in den weiteren Erörterungsprozess einzubeziehen.

Ralf Holzschuher
SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
Fraktion DIE LINKE